

B U N D E S G E R I C H T S H O F

IX ZB 111/71

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Renate A [REDACTED],
R [REDACTED], Im R [REDACTED]

Klägerin und Beschwerdeführerin,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. [REDACTED] -

g e g e n

Freistaat B a y e r n ,
vertreten durch die Bezirksfinanzdirektion München,
München 22, Alexandrastraße 3,

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 19. September 1974 durch den Vorsitzenden Richter Mai und die Richter Zorn, Henkel, Dr. Thumm und Portmann

beschlossen:

Die Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 19. Zivilsenats des Oberlandesgerichts München vom 5. November 1970 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und auslagenfrei; die außergerichtlichen Kosten trägt die Klägerin.

G r u n d e

Die Anwendung des sachlichen Rechts durch das Berufungsgericht auf den von ihm festgestellten Sachverhalt wirft keine Frage auf, die nach § 219 Abs. 2 ZPO zur Zulassung der Revision führen könnte. Das gleiche gilt für das von der Klägerin in der Beschwerdebegründung gerügte Verfahren des Berufungsgerichts.

Ein Sachverständiger, der ein schriftliches Gutachten erstattet hat, muß zur mündlichen Verhandlung geladen werden, wenn eine Partei dies beantragt, um ihn befragen zu können (§ 209 Abs. 1 SGG, §§ 402, 373, 397 ZPO). Dieser Antrag ist jedoch spätestens in dem Verhandlungstermin zu stellen, in dem das schriftliche Gutachten in

- 3 -

den Verhandlungstermin eingeführt wird (BGHZ 6, 398, 400/401; 24, 9, 14, 30, 370 ff; BGH RZW 1967, 567; 1969, 213). Danach war der im Berufungsrechtszug gestellte Antrag der Klägerin verspätet. Ob das Berufungsgericht den Sachverständigen gemäß § 209 Abs. 1 BEG, § 411 Abs. 3 ZPO zur Erläuterung seines Gutachtens in mündliche Verhandlung laden wollte, stand in seinem tatrichterlichen Eressen (BGHZ 6, 398, 401; BGH RZW 1969, 213). Das gleiche gilt für das Landgericht. Dort hat die Klägerin nach der Sitzungsniederschrift vom 20. Mai 1969 nicht die Ladung des Sachverständigen zur Ausübung ihres Fragerechts (§§ 402, 373, 397 ZPO), sondern die mündliche Erläuterung des Gutachtens durch den Sachverständigen beantragt. Dies nach § 411 Abs. 3 ZPO anzuordnen, steht im Eressen des Tatrichters.

Mai

Dr. Thum



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos [\(mobile App\)](#)
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile

[JLaw – für Android](#)[JLaw – für iOS](#)